

Gliederung

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
Erster Teil: Die Funktion des Kriteriums "technischer und wirtschaftlicher Fortschritt" bei der Beurteilung von Zusammenschlüssen und seine Bedeutung für die Konzeption der Zusammenschlußkontrolle im europäischen Vergleich	31
A. Gesetzgeberische Möglichkeiten der Ausgestaltung der Zusammenschlußkontrolle	31
I. Technischer und wirtschaftlicher Fortschritt als Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik	31
II. Wettbewerbliche Ausgestaltung der Zusammenschlußkontrolle	32
III. Industriepolitische Ausgestaltung der Zusammenschlußkontrolle	34
IV. Gegensatz Wettbewerbspolitik im engeren Sinne – Industriepolitik	36
V. Zusammenhang zwischen Beurteilungskriterien und Wettbewerbspolitik	38
B. Regelungsdichte im Bereich der Zusammenschlußkontrolle in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft	39
C. Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts in den nationalen Zusammenschlußkontrollregelungen der EG-Staaten	41
I. Großbritannien	41
1. Gesetzliche Regelung	41

a) Eingriffskompetenz	41
b) Eingriffskriterien	42
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	43
2. Wettbewerbspolitische Konzeption	44
3. Position bei den EG-Verhandlungen	46
II. Irland	47
1. Gesetzliche Regelung	47
a) Eingriffskompetenz	47
b) Eingriffskriterien	47
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	48
2. Wettbewerbspolitische Konzeption	48
3. Position bei den EG-Verhandlungen	49
III. Frankreich	50
1. Gesetzliche Regelung	50
a) Eingriffskompetenz	50
b) Eingriffskriterien	50
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	51
2. Wettbewerbspolitische Konzeption	52
3. Position bei den EG-Verhandlungen	54
IV. Portugal	55
1. Gesetzliche Regelung	55
a) Eingriffskompetenz	55
b) Eingriffskriterien	56
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	57

2. Wettbewerbspolitische Konzeption	57
3. Position bei den EG-Verhandlungen	58
V. Spanien	59
1. Gesetzliche Regelung	59
a) Eingriffskompetenz	59
b) Eingriffskriterien	59
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	60
2. Wettbewerbspolitische Konzeption	60
3. Position bei den EG-Verhandlungen	62
VI. Italien	63
1. Gesetzliche Regelung	63
a) Eingriffskompetenz	63
b) Eingriffskriterien	64
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	65
2. Wettbewerbspolitische Konzeption	65
3. Position bei den EG-Verhandlungen	67
VII. Bundesrepublik Deutschland	68
1. Gesetzliche Regelung	68
a) Eingriffskompetenz	68
b) Eingriffskriterien	69
aa) Entstehen oder Verstärken einer marktbeherrschenden Stellung	69
bb) Abwägungsklausel	70
cc) Ministererlaubnis	71
c) Berücksichtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts	73

2. Wettbewerbspolitische Konzeption 74

3. Position bei den EG-Verhandlungen 76

D. Ergebnis des ersten Teils 78

Zweiter Teil: Die Bedeutung des Kriteriums "Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" des Art. 2 Abs. 1 Satz 2 b) ZuKoVo im Verhältnis zum auf den Wettbewerbsschutz ausgerichteten Eingriffstatbestand der Europäischen Zusammenschlußkontrollverordnung 83

A. Eingriffskriterien der ZuKoVo 83

I. Orientierung am Marktbeherrschungsbegriff des Art. 86 EWGV 84

II. Bedeutung der Behinderungsklausel 84

1. Mögliche Bedeutung als Verhaltenselement 85

2. Mögliche Bedeutung als besonderes Strukturmerkmal 86

3. Definition der beherrschenden Stellung in der Rechtsprechung zu Art. 86 EWGV 87

4. Übereinstimmung des Art. 2 Abs. 3 ZuKoVo mit der Definition des EuGH 88

5. Erheblichkeit der Behinderung 90

6. Behinderung "wirksamen" Wettbewerbs 91

7. Strukturkontrolle nach Art. 2 Abs. 3 ZuKoVo 91

III. Ergebnis 92

B. "Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" als Kriterium zur Feststellung der Begründung oder Verstärkung von Marktbeherrschung 93

I. Kriterien zur Ermittlung der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt 93

II.	"Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" als Marktbeherrschungskriterium	94
1.	Entwicklung des technischen Fortschritts	94
2.	Entwicklung des wirtschaftlichen Fortschritts	95
3.	Ergebnis	96
C.	"Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" als Ausnahmetatbestand zur Berücksichtigung des Beitrags eines wettbewerbsbeschränkenden Zusammenschlusses zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt	97
I.	Entstehungsgeschichte der ZuKoVo	97
1.	Verhandlungszeitraum 1973-1986	98
2.	Schlußphase 1987-1989	98
3.	Ergebnis	102
II.	Erwägungsgründe und Erklärungen zum Ratsprotokoll	103
1.	Auslegung nach Art. 85 Abs. 3 EWGV	103
2.	Berücksichtigung allgemeiner Vertragsziele	104
III.	Praxis zu Art. 85 Abs. 3 EWGV	105
1.	Doppelfunktion der Kommission	106
2.	Freistellungen von Kooperationen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung	106
3.	Strukturkrisenkartelle	108
4.	Ergebnis	109
IV.	"Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" als Abwägungstatbestand	110
1.	Inhaltlich begrenzter Abwägungstatbestand	110
2.	Allgemeiner Abwägungstatbestand	111

D. Verhältnis der Wettbewerbspolitik zur Industriepolitik im EWGV	112
I. Wettbewerbspolitische Bedeutung der Auslegung des Kriteriums der "Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" als Abwägungstatbestand	112
II. Prinzip der begrenzten Ermächtigungen	113
III. Legitimation der Wettbewerbspolitik	116
IV. Legitimation der Industriepolitik	119
1. Fehlende allgemeine Kompetenzen	119
2. Industriepolitische Kompetenzen nach der Einheitlichen Europäischen Akte	120
a) Forschungs- und Technologiepolitik gem. Art. 130 f ff. EWGV	120
b) Verhältnis zur Wettbewerbspolitik	121
c) Regionalpolitik gem. Art. 130 a ff. EWGV	124
d) Verhältnis zur Wettbewerbspolitik	126
3. Verhältnis der Einheitlichen Europäischen Akte zur Wettbewerbspolitik allgemein	128
V. Ergebnis	128
E. Ausschluß von Ausnahmen bei Vorliegen der Untersagungsvoraussetzungen des Art. 2 Abs. 3 ZuKoVo	131
I. Grundaussage des Art. 2 Abs. 3 ZuKoVo	131
II. Einschränkungsfunktion der Wettbewerbsklausel des Art. 2 Abs. 1 Satz 2 b) a.E. ZuKoVo	132
1. Anwendung der Grundsätze zu Art. 85 Abs. 3 b) EWGV auf die ZuKoVo	133
a) Art. 85 Abs. 3 b) EWGV als Vorbild der Wettbewerbsklausel	133

b) Gefährdung des Restwettbewerbs i.S. des Art. 85 Abs. 3 b) EWGV bei Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	134
2. Berücksichtigung des Begriffs der "beherrschenden Stellung" des Art. 2 Abs. 3 ZuKoVo	139
III. Schutzzweck der ZuKoVo nach den Erwägungsgründen	141
IV. Ergebnis	143
F. Ergebnis des zweiten Teils	144
 Dritter Teil: Berücksichtigung des Beitrags eines Zusammen- schlusses zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bei der Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt nach Art. 2 ZuKoVo unter Beachtung des Vorranges des Wettbewerbs- schutzes	147
A. Wettbewerblicher Eingriffstatbestand und außerwettbewerbliche Ziele	147
B. Vorschlag der Berücksichtigung eines Beitrags zum tech- nischen und wirtschaftlichen Fortschritt in Zweifelsfällen hinsichtlich des tatsächlichen Vorliegens der Untersagungs- voraussetzungen	149
C. Berücksichtigung außerwettbewerblicher Ziele im Rahmen eines Auslegungsspielraumes bezüglich des Vorliegens der Untersagungsvoraussetzungen	152
D. Berücksichtigung des Beitrags eines Zusammenschlusses zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt im Rahmen eines Beurteilungsspielraumes der Kommission	153
I. Grundvoraussetzungen	153
II. Bewertungsspielräume nach EWGV	154
1. Hinweise auf Bewertungsspielräume im Gemein- schaftsrecht	154
2. Kompetenzverteilung nach EWGV	155

3. Anerkennung von Bewertungsspielräumen durch den Gerichtshof	156
a) Kriterium der Notwendigkeit der Beurteilung eines wirtschaftlich und technisch komplexen Sachverhalts	156
b) Respektierung der rechtlichen Grenzen der eigenen Kompetenzen	157
c) Sacherwägungen	158
4. Ergebnis	158
III. Bewertungsspielräume nach der Rechtsprechung zu Art. 85 und 86 EWGV	158
1. Vollständige gerichtliche Nachprüfung bei Art. 85 Abs. 1 EWGV	159
2. Vollständige gerichtliche Nachprüfung bei Art. 86 EWGV	159
3. Beurteilungsspielräume bei Art. 85 Abs. 3 EWGV	160
4. Beurteilungsspielräume bei Art. 85 Abs. 1 EWGV in Prognosefällen	162
5. Ergebnis	164
IV. Bewertungsspielraum bei der Feststellung des Vorliegens der Eingriffsvoraussetzungen des Art. 2 ZuKoVo	165
1. Übertragung der bisherigen Ergebnisse auf die ZuKoVo	165
2. Bewertung eines wirtschaftlich komplexen Sachverhalts einschließlich der Notwendigkeit von Prognosen bei der Vereinbarkeitsprüfung gem. Art. 2 ZuKoVo	166
a) Vorliegen eines wirtschaftlich komplexen Sachverhalts	166
b) Notwendigkeit von Prognosen	167

3. Beschränkung der gerichtlichen Nachprüfung auf Rechtmäßigkeitskontrolle im Falle mehrerer rechtlich vertretbarer Entscheidungen	169
4. Stärkere Sachnähe der Kommission	172
5. Zuständigkeit des Gerichts Erster Instanz	173
6. Ergebnis	174
V. Beschränkung des Bewertungsspielraumes auf einen Beurteilungsspielraum	175
VI. Rechtliche Grenzen des Beurteilungsspielraumes hinsichtlich des Vorliegens der Eingriffsvoraussetzungen der ZuKoVo	175
1. Grenzen von Beurteilungsspielräumen nach der Rechtsprechung des EuGH	176
2. Materiellrechtliche Grenzen des Beurteilungsspielraumes der Kommission nach Art. 2 ZuKoVo	177
3. Rechtliche Einordnung eines Verstoßes gegen die sich aus Art. 2 ZuKoVo ergebenden Beurteilungsgrenzen nach Art. 173 Abs. 1 EWGV	178
VII. Der Beitrag eines Zusammenschlusses zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt als Beurteilungsgrenze	179
1. Die Kommission stellt die Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung nicht fest	180
2. Die Kommission stellt die Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung fest	180
3. Vorliegen einer besonderen Situation mehrerer rechtlich vertretbarer Entscheidungen nach Auswertung der Marktbeherrschungskriterien	182

VIII. Vereinbarkeit mit dem Prinzip des Vorranges des Wettbewerbsschutzes	183
1. Keine rechtliche Notwendigkeit einer Untersagung	183
2. Verbleibende Bewertungsspielräume in der Praxis	185
IX. Beschränkung der Berücksichtigung außerwettbewerblicher Vorteile unter dem Begriff "Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts"	186
1. Beschränkung auf erhebliche Rationalisierungsvorteile	186
2. Angemessene Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn	187
3. Nachweisanforderungen	188
4. Begrenzung der Berücksichtigung industriepolitischer Zielsetzungen	188
E. Ergebnis des dritten Teils	190
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	193
Literaturverzeichnis	199